

Nr. 18/197 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Die Überseestadt ressortübergreifend weiterentwickeln
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Juli 2012
(Drucksache 18/199 S)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2012
(Drucksache 18/228 S)

Nr. 18/198 S

Fragestunde

1. Alterseinschätzung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. September 2012
2. Umsetzung Katzenkastration
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 13. September 2012
3. Kinderärztliche Versorgung in Bremen-Nord
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. September 2012
4. Vernetzungsstelle Schulverpflegung und ökologische und fair gehandelte Nahrung in Schulen
Anfrage der Abgeordneten Jan Saffe, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. September 2012
5. Projekt aufsuchendes Bürgeramt
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. September 2012
6. Bereitstellung frei verfügbarer Verkehrs- und Fahrplandaten
Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 26. September 2012
7. Weitere Planungen beim Schulstandort Fritz-Gansberg-Straße
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. September 2012
8. Wiedereröffnung der Geburtshilfe am Klinikum Bremen-Mitte (KBM)
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. September 2012

9. CO₂-Einsparungen bei Lang-Lastwagen
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. September 2012
10. Wohngebiet in Oslebshausen
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. Oktober 2012
11. Bearbeitungsstand Status Stadtteil Oberneuland
Anfrage der Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. Oktober 2012
12. Neuordnung von Ortsteilgrenzen
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 9. Oktober 2012

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 18/199 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Papierstau statt Logistik – Amtsführung von Senator Dr. Lohse passt nicht zu Bremen“.

Nr. 18/200 S

Stadt am Fluss land- und wasserseitig weiterentwickeln

Mitteilung des Senats vom 4. September 2012
(Drucksache 18/212 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/201 S

„Welcome-Center“ für ausländische Fach- und Führungskräfte in Bremen einrichten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. September 2012
(Drucksache 18/215 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/202 S

18. Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 11. September 2012
(Drucksache 18/216 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 18/203 S

Gewerbebeanmeldungen beim Unternehmensservice Bremen bündeln

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. September 2012
(Drucksache 18/218 S)

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die rechtlichen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ab dem 1. Januar 2013 Gewerbean-, -um- und -abmeldungen direkt beim Einheitlichen Ansprechpartner des Landes Bremen im Unternehmensservice Bremen (USB) möglich sind.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, das Verfahren nach einem Jahr Laufzeit zu evaluieren und der Stadtbürgerschaft bis zum 31. März 2014 einen Evaluierungsbericht sowie – abhängig vom Ausgang der Evaluierung – Vorschläge für die Übertragung weiterer Zuständigkeiten in Antrags- und Genehmigungsverfahren auf den Einheitlichen Ansprechpartner des Landes Bremen im USB zu unterbreiten.

Nr. 18/204 S

Polizeiverordnung über die öffentliche Sicherheit

Mitteilung des Senats vom 18. September 2012
(Drucksache 18/219 S)

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Polizeiverordnung über die öffentliche Sicherheit zu.

Nr. 18/205 S

Anmeldeverfahren für das Kindergartenjahr 2013/2014 vorziehen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. September 2012
(Drucksache 18/220 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/206 S

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 75 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Kindertagesstätte zwischen Flughafendamm, Bochumer Straße, Siegener Weg und Helgolandgraben

Mitteilung des Senats vom 25. September 2012
(Drucksache 18/221 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 75.

Nr. 18/207 S

Geförderter Wohnraum auch für Asylsuchende!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 2. Oktober 2012
(Drucksache 18/222 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtischen Deputationen für Soziales, Kinder und Jugend (federführend) und Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

Nr. 18/208 S

Die Rückkehr der Zebrastreifen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 4. Oktober 2012
(Drucksache 18/224 S)

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat,

1. Zebrastreifen als wichtiges Instrument zur Querungshilfe für Fußgängerinnen und Fußgänger verstärkt und standortgerecht zu verwenden, und zu prüfen, inwieweit ein Programm wie die 100-Zebrastreifen-Programme in Berlin sinnvoll wäre.
2. unter Einbeziehung der Beiräte zu prüfen, wo und in welchem Umfang zusätzliche Zebrastreifen eingerichtet werden sollten. Die Ausgestaltung sollte dabei die verschiedenen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen berücksichtigen, beispielsweise Seh- und Gehbehinderungen.
3. zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen vorhandene Fußgängerampeln in Einzelfällen und in Absprache mit den Beiräten durch Zebrastreifen ersetzt werden können, insbesondere dort, wo die Bedingungen der „Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen“ (R-FGÜ 2001) erfüllt sind und hohe Wartezeiten für Fußgängerinnen und Fußgänger zu vermehrten Rotlichtverstößen führen. Hierbei soll auch das Kostenverhältnis des Weiterbetriebs von Ampeln zu deren Abbau samt Einrichtung von Zebrastreifen berücksichtigt werden.
4. zu prüfen, ob Zebrastreifen weniger Sicherheit bieten als Fußgängerampeln.
5. der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie bis zum Ende des Jahres 2012 darüber Bericht zu erstatten, und darin auch mögliche finanzielle Auswirkungen darzustellen.

Nr. 18/209 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 12 vom 10. Oktober 2012

(Drucksache 18/226 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.